



Sachstand

Die Proteste in Kuba am 11. Juli 2021 Hintergrund, Verlauf, Folgen

Die Proteste in Kuba am 11. Juli 2021

Hintergrund, Verlauf, Folgen

Aktenzeichen: WD 2 - 3000 - 026/22
Abschluss der Arbeit: 21.04. 2022
Fachbereich: WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Hintergrund der Proteste	4
2.1.	Covid-19-Pandemie auf Kuba	5
2.1.1.	Maßnahmen der kubanischen Regierung zur Eindämmung der Pandemie	5
2.1.2.	Wirtschaftliche Auswirkungen der Pandemie	6
2.2.	Währungs- und Wirtschaftsreformen	8
2.3.	Strengere Sanktionen der USA	10
2.4.	Die Ölkrise in Venezuela und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen auf Kuba	12
2.5.	Programme zur Demokratieförderung der USA	12
3.	Die Proteste	13
3.1.	Ablauf der Proteste	16
3.2.	11. Juli 2021	16
3.3.	12. – 17. Juli 2021	18
3.4.	15. November 2021	18
4.	Folgen	19
4.1.	Politische Reaktionen der kubanischen Regierung	19
4.2.	Verhaftungen und Verurteilungen	20

1. Einleitung

Am **11. Juli 2021** sowie in vermindertem Maße in den folgenden Tagen kam es in zahlreichen Städten Kubas zu Protesten gegen die Regierungspolitik, an denen sich mehrere tausend Menschen beteiligten.¹ Die Demonstrationen waren die größten ihrer Art seit der Revolution im Jahre 1959 und wurden von der kubanischen Regierung niedergeschlagen. Monate später wurden zahlreiche Teilnehmer an den Protesten zu teils äußerst hohen Haftstrafen verurteilt. Dieser Sachstand liefert Informationen zu den Hintergründen, dem Ablauf und den Folgen der Ereignisse.

2. Hintergrund der Proteste

Als Auslöser der Proteste gilt eine dramatische **Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage** der meisten Kubaner aufgrund der **Maßnahmen im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie**, einer **Energiekrise in Zusammenhang mit verstärkten Sanktionen der USA gegen Venezuela**, Wirtschaftseinbußen durch **amerikanische Sanktionen gegen Kuba** sowie einer **Währungs- und Wirtschaftsreform**, gepaart mit einem zeitgleichen sprunghaften **Anstieg der Covid-19-Todesfälle**.

Diese sozioökonomischen Faktoren, jeweils für sich genommen schon Grund genug für Unmut in der Bevölkerung, katalysierten dann neben dem Aufbegehren gegen die wirtschaftliche Situation auch eines gegen die politische Repression. Eine **weitverbreitete Unzufriedenheit über Armut, belastende Lebensumstände und die seit Jahrzehnten bestehende politische Repression**² der Bürgerinnen und Bürger Kubas brach sich Bahn, wobei dieser Unmut durch die weite Verbreitung von Smartphones schnell landesweiten Widerhall fand.

Die Proteste waren mithin Ergebnis eines „perfekten Sturms“, also des Zusammentreffens mehrerer Entwicklungen, die sich gegenseitig beeinflussten und potenzierten. Ähnliche soziale Proteste, bei denen die Pandemie „das Fass zum Überlaufen gebracht“ hatte, gab es im Jahre 2021 übrigens auch in anderen lateinamerikanischen Ländern, wie Peru und Brasilien.³

In den folgenden Abschnitten werden diese einzelnen Faktoren, die in Kombination zu der massiven sozioökonomischen und dann auch politischen Krise führten, dargelegt.

1 Proteste in Kuba, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) am 12. August 2021, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/338287/proteste-in-kuba/> (zuletzt abgerufen am 21. April 2022).

2 Bei der Analyse der Proteste wird auf das politische System Kubas und die ihm inhärente Unterdrückung, Korruption und Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten nicht gesondert eingegangen.

3 Tom Phillips, Ed Augustin und Dan Collins, ‘New wave of volatility’: Covid stirs up grievances in Latin America, Guardian am 6. August 2021, <https://www.theguardian.com/world/2021/06/06/new-wave-volatility-covid-stirs-up-grievances-latin-america> (zuletzt abgerufen am 19. April 2022).

2.1. Covid-19-Pandemie auf Kuba⁴

Wie jedes andere Land ist auch Kuba von der Covid-19-Pandemie betroffen. Am 11. März 2020 wurde das Virus bei drei italienischen Touristen das erste Mal diagnostiziert.⁵ Im Laufe des Jahres gab es mehrere leichte An- und Abstiege der Inzidenzen, die sich insgesamt jedoch auf vergleichsweise niedrigem und stabilem Niveau bewegten. Einen signifikanten Anstieg der Fallzahlen gab es erst im Januar 2021, doch auch dann verharrten die Inzidenzen und Todesfallzahlen zunächst im eher niedrigen Bereich, insbesondere im Vergleich zu anderen Ländern der Region, eingeschlossen die Vereinigten Staaten.

Einen **sprunghaften Anstieg sowohl der Infektionen als auch der Todesfälle gab es dann Anfang Juli 2021 mit dem Auftreten der Delta-Variante** des Virus. Die Zahlen erreichten erst Ende Oktober wieder das Niveau vom Juni des Jahres.

Offiziell sind bislang ca. 1,09 Mio. Menschen in Kuba an Covid-19 erkrankt und 8.516 gestorben, es gab also ca. 750 Tote auf 1 Mio. Einwohner. Angesichts einer Gesamtbevölkerung von 11,3 Mio. Menschen und vor allem der mangelhaften Ausstattung der Krankenhäuser ist dies ein ausgesprochen niedriger Wert (vgl. Deutschland: ca. 21 Mio. Erkrankte und 133.000 Tote bei 83,2 Mio. Einwohnern, ca. 1.570 Tote pro 1 Mio. Einwohner).⁶ Wie in den nächsten Abschnitten gezeigt wird, war die Pandemie bzw. die Maßnahmen zu deren Eindämmung dennoch ein wichtiger Katalysator der Proteste von 2021.

2.1.1. Maßnahmen der kubanischen Regierung zur Eindämmung der Pandemie⁷

Die drei ersten Covid-19-Fälle wurden am 11. März 2020 in der Stadt Trinidad diagnostiziert. Am 20. März 2020 verhängte die kubanische Regierung einen Lockdown, d.h. starke Beschränkungen der Bewegungsfreiheit in und zwischen den Regionen des Landes, und am 1. April 2020 wurden die Grenzen für alle Ankommenden (mit Ausnahme kubanischer Staatsangehöriger und offiziell in Kuba lebender Ausländer) geschlossen. Staatliche Textilfirmen begannen, Schutzmasken herzustellen; gleichzeitig wurde die Bevölkerung dazu aufgerufen, sich die Masken notfalls in Heimarbeit zu fertigen. Sehr früh begann Kuba mit der Entwicklung von eigenen Impfstoffen, die ab 2021 in einer großen nationalen Kampagne verimpft wurden (heute gelten 87,5 Prozent der kubanischen Bevölkerung als vollständig geimpft). Ausnahmslos jeder positiv Getestete wurde ins Krankenhaus gebracht.

4 Sofern nicht durch Fußnote anderweitig vermerkt, entstammen alle Informationen dieses Abschnittes aus: John Hopkins University & Medicine, Cuba – Overview, 2022, <https://coronavirus.jhu.edu/region/cuba> (zuletzt abgerufen am 6. April 2022).

5 Lana L. Wylie, Cuba's response to COVID-19: lessons for the future, Journal of Tourism Futures, Vol. 7 No. 3, S. 356-363, <https://doi.org/10.1108/JTF-10-2020-0187> (zuletzt abgerufen am 6. April 2022).

6 John Hopkins University & Medicine, Germany – Overview, 2022, <https://coronavirus.jhu.edu/region/germany> (zuletzt abgerufen am 6. April 2022) sowie Statista, Coronavirus (COVID-19) deaths worldwide per one million population as of April 7, 2022, by country, 8. April 2022, <https://www.statista.com/statistics/1104709/coronavirus-deaths-worldwide-per-million-inhabitants/> (zuletzt abgerufen am 21. April 2022).

7 Alle Informationen dieses Abschnittes: Lana L. Wylie (Anm.5).

Mit 84 Ärzten auf 10.000 Einwohner hat Kuba die höchste Medizinerdichte der Welt (USA: 26 Ärzte auf 10.000 Einwohner). Das Gesundheitssystem ist nachbarschaftsbasiert, d.h., dass jede Nachbarschaft bzw. Gemeinde von jeweils ca. 1.000 Menschen einen in ihrer Mitte ansässigen Arzt hat. Somit können zum einen die Bürger schnell und unkompliziert medizinisch versorgt werden, zum anderen ebenso schnell und unkompliziert medizinische Daten auf Gemeindeebene erhoben und gesundheitspolitische Maßnahmen durchgesetzt werden. Eine der Hauptaufgaben der Gemeinmediziner ist die Erhebung von Gesundheitsdaten in der Nachbarschaft; jeder Bürger ist zu mindestens einer jährlichen medizinischen Untersuchung verpflichtet. Somit war schon vor dem Auftreten der ersten Fälle klar, wie viele Menschen in einer Gemeinde wegen ihres Alters und/oder wegen Vorerkrankungen besonders gefährdet sein würden, wie viele Menschen in jedem Haushalt leben und andere Daten, die der Vorbereitung und Implementierung der Schutzmaßnahmen dienlich waren. Wegen des allgegenwärtigen Mangels ist Kubas Gesundheitssystem ohnehin stark auf Prävention ausgerichtet. Durch die immer wieder auftretenden Hurrikane sowie die Chikungunya-Epidemie haben sowohl medizinisches Personal als auch Bürgerinnen und Bürger überdies Erfahrung mit medizinischen Ausnahmesituationen und Kommunikationswege und Medizinlogistik sind darauf eingestellt. Schon Wochen vor dem Auftreten der ersten Covid-Fälle in Kuba hatten die Nachbarschaftsärzte auf Gemeindeebene gezielte Aufklärungsarbeit geleistet und selbst Informationen und Anweisungen für den Fall der Verbreitung der Krankheit erhalten. Auch diese Faktoren halfen – neben Lockdownmaßnahmen und Grenzschließungen – dabei, die Zahl der Opfer der Pandemie vergleichsweise niedrig zu halten, vor allem in den ersten anderthalb Jahren, d.h. bis zum Juli 2021. Tatsächlich gelten die von Kuba eingeleiteten Maßnahmen zur Eindämmung und Bekämpfung der Pandemie als vorbildlich - vor allem im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen und karibischen Staaten.⁸

Überdies unterstützte Kuba zahlreiche Staaten durch die Entsendung von Medizinern, darunter z.B. auch Italien. Diese „medizinische Diplomatie“ ist seit den 1960er Jahren ein Merkmal kubanischer Außenbeziehungen und wird nicht nur aus rein humanitären Gründen, sondern auch aus politischen und wirtschaftlichen Gründen betrieben (siehe dazu Abschnitt 2.2).

2.1.2. Wirtschaftliche Auswirkungen der Pandemie

Trotz der vergleichsweise sehr guten Erfolge bei der Bekämpfung und Eindämmung der Covid-19-Pandemie hatte diese für viele Menschen negative Auswirkungen.

Dies hing vor allem mit dem Zusammenbruch des **Tourismus** in Folge der Maßnahmen zusammen.

Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftszweig Kubas und einer der wichtigsten Devisenbringer des Landes. Von den 1920er Jahren bis zur sozialistischen Revolution von 1959 war Kuba ein beliebtes Ziel amerikanischer Touristen weil dort, anders als damals in den USA, Glücksspiel (und in der Zeit der Prohibition auch Alkohol) legal waren und Prostitution geduldet wurde.⁹ Mit

8 Siehe dazu auch die Statistik in Anm.6.auf Seite 5

9 Natasha Geiling, Before the Revolution, Smithsonian Magazine am 31. Juli 2007, <https://www.smithsonian-mag.com/history/before-the-revolution-159682020/> (zuletzt abgerufen am 19. April 2022).

der Revolution von 1959, die die Militärdiktatur unter General Bautista stürzte, wurden Glücksspielstätten und Bordelle geschlossen; das Embargo der Vereinigten Staaten, das Amerikanern die Reise nach Kuba verbot, brachte den Fremdenverkehr dann weitgehend zum Erliegen.

Dies änderte sich in den 1990er Jahren nach einer massiven Wirtschaftskrise infolge des Zusammenbruchs des Ostblocks und dem Ausbleiben von Wirtschaftshilfen von den ehemaligen sozialistischen Bruderstaaten in Osteuropa.¹⁰ Auf der Suche nach neuen Einkommensquellen beschloss die kubanische Regierung, den Tourismussektor wiederzubeleben und deutlich auszubauen. Man errichtete in Zusammenarbeit mit europäischen, kanadischen und mexikanischen Tourismuskonzernen Ferienanlagen und öffnete später auch den Rest des Landes für ausländische Besucher. Dies hatte Erfolg: vor der Pandemie war Kuba zu einem der beliebtesten Touristenziele der Karibik geworden, wobei Kanadier die größte Besuchergruppe ausmachen. Die kubanischen Partnergesellschaften der ausländischen Tourismuskonzerne stehen zumeist unter der Kontrolle der Revolutionären Streitkräfte, des kubanischen Militärs.¹¹

Der Tourismus bescherte Kuba hohe Deviseneinnahmen, da Touristen gemeinhin nicht mit dem kubanischen Peso bezahlen (s.u. Abschnitt 2.2). Dies führte zu einem Zustrom gutausgebildeter Kubaner in den Tourismussektor, da auch die Trinkgelder oft in Devisen gezahlt werden. Nebenbei führten die anwachsenden Touristenzahlen auch zu einem starken Anstieg von Sextourismus bzw. Prostitution. Die informellen Deviseneinnahmen von Privatpersonen durch Trinkgelder, andere informelle Zahlungen (z.B. an „Privattaxifahrer“ o.ä.) und Prostitution können nicht beziffert werden, doch die direkten Einnahmen durch das eigentliche Tourismusgeschäft beliefen sich z.B. im Jahre 2018 auf über 3 Mrd. USD, d.h. ca. neun Prozent des gesamten BIP.¹² Schon 2016 waren offiziellen Angaben zufolge über 460.000 Menschen im Tourismussektor beschäftigt.¹³ Nimmt man die wirtschaftlich abhängigen Familienmitglieder dieser Beschäftigten, die indirekt vom Tourismus abhängigen Beschäftigten (Zulieferer etc.) sowie den informellen Sektor hinzu, dürften vorsichtig geschätzt mindestens zwei Mio. Kubaner ihre Einkünfte zumindest teilweise aus dem Tourismus beziehen.

Mit dem Wegfall des Tourismus brachen diesen Menschen daher über mehrere Monate ihre Einkünfte weg. Zwar gestattete Kuba bereits im Juni 2020 wieder den ersten Touristen die Einreise,

10 Alle Informationen dieses Absatzes: Hannes Echteringer, Der Tourismus in Kuba: Entwicklung seit 1989 und aktuelle Bestandsaufnahme, Brennpunkt Lateinamerika 9, 2000, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssor-443845> (zuletzt abgerufen am 13. April 2022).

11 Richard Bauer, Aus Kubas Generälen werden Wirtschaftskapitäne, Neue Zürcher Zeitung am 1. Juli 2017, <https://www.nzz.ch/wirtschaft/kubas-wirtschaft-unter-druck-aus-kubas-generaelen-werden-wirtschaftskapitaene-ld.1303795> (zuletzt abgerufen am 21. April 2022).

12 Ana M. López, Direct contribution of travel and tourism to gross domestic product in Cuba from 2010 to 2019, Statista am 25. November 2021, <https://www.statista.com/statistics/528443/direct-contribution-travel-tourism-gdp-cuba/> (zuletzt abgerufen am 11. April 2022).

13 Emily Dolan, Erica Berry, Rhea Kuma und Kelsey Lai, Introduction to Tourism in Cuba, Western University Leadership and Democracy Lab, 2022, https://www.democracylab.uwo.ca/Archives/2017_2018_research/tourism_in_cuba/index.htm (zuletzt abgerufen am 11. April 2022).

doch blieb der Fremdenverkehr zunächst auf einige Inseln sowie weitgehend von der kubanischen Bevölkerung getrennten Resorts wie Varadero beschränkt. Auch gab es, anders als in europäischen Staaten, kaum staatliche Hilfen für die Betroffenen. **Im ganzen Jahr 2020 kamen statt der sonst üblichen vier Mio. nur ca. 80.000 Touristen** nach Kuba.¹⁴ Dies lag nicht ausschließlich an der Pandemie, sondern auch an 2019 **von der amerikanischen Regierung unter Donald Trump wieder verschärften Sanktionen**, die - nach deren Lockerung durch Trumps Vorgänger Obama - einen starken Rückgang der Besucher aus den Vereinigten Staaten bewirkt hatten.

Um die wegbrechenden Deviseneinnahmen wieder zu erhöhen und gleichzeitig die auf dem Schwarzmarkt gehandelten Devisen (Dollar, Euro) aus dem Verkehr zu ziehen, gründete die kubanische Regierung Mitte 2020 staatliche Läden, in denen diverse Artikel, die in den normalen Geschäften seit Beginn der Wirtschaftskrise kaum noch zu haben sind - auch Lebensmittel wie Fleisch - nur mit Fremdwährungen in elektronischer Form bezahlt werden können.¹⁵ Kunden müssen eine Art Kreditkarte erwerben, Bargeld wird nicht akzeptiert. Zuvor hatte es Geschäfte mit Devisenbezahlung nur für Haushaltsgeräte gegeben, zwischen 2004 und 2019 waren Transaktionen in Fremdwährungen illegal gewesen. Damit erkannte das Regime letztlich auch die wirtschaftliche Realität an: Kubas Bevölkerung ist gespalten zwischen jenen, die - über Touristen oder Verwandte im Ausland - an Devisen kommen und damit Güter ggf. auf dem Schwarzmarkt bekommen können, und jenen, denen zumeist nur der einheimische Peso bleibt.

2.2. Währungs- und Wirtschaftsreformen¹⁶

Mit dem Tourismus verbunden war das bis zum 31. Dezember 2020 geltende Doppelwährungssystem. Touristen zahlten bis dahin gemeinhin mit dem an den US-Dollar gekoppelten sogenannten¹⁷ konvertiblen Peso (*peso cubano convertible*, ISO-Code: CUC), Einheimische mit dem „normalen“ kubanischen Peso. Staatsbetriebe, insbesondere die der Außenwirtschaft, operierten ebenfalls mit dem CUC. **Mit dem 1. Januar 2021 trat eine Währungsreform in Kraft.** Der CUC wurde abgeschafft und ein einheitlicher Wechselkurs des Peso zum US-Dollar von 24:1 festgelegt. Faktisch bedeutet dies eine Abwertung des Pesos für Staatsbetriebe. Die hatten bisher zum Teil mit einem Kurs von 1:1 operiert.

14 Talha Burki, Behind Cuba's successful pandemic response, The Lancet im April 2021, [https://www.thelancet.com/Journals/laninf/article/PIIS1473-3099\(21\)00159-6/fulltext](https://www.thelancet.com/Journals/laninf/article/PIIS1473-3099(21)00159-6/fulltext) (zuletzt abgerufen am 6. April 2022).

15 Andrea Rodríguez, Cuba opens foreign currency-only shops, ends tax on dollar, Washington Post am 20. Juli 2020, https://www.washingtonpost.com/world/the_americas/cuba-opens-foreign-currency-only-shops-ends-tax-on-dollar/2020/07/20/5ebad662-cadd-11ea-99b0-8426e26d203b_story.html (zuletzt abgerufen am 11. April 2022).

16 Alle Informationen dieses Abschnittes, sofern nicht durch Fußnote anderweitig vermerkt, aus: Andreas Knobloch, Währungsreform: Kuba und der Tag Null, DW am 31. Dezember 2020, <https://www.dw.com/de/waehrungsreform-kuba-und-der-tag-null/a-56082952> (zuletzt abgerufen am 11. April 2022).

17 Anders als der Name suggeriert, war der CUC *nicht* frei konvertierbar, sondern konnte nur in staatlichen Banken und Wechselstuben eingetauscht werden.

Das parallele Währungssystem verschleierte die wirklichen Produktionskosten, verbilligte Importe künstlich (vergrößerte also das Außenhandelsdefizit) und ließ Exporte unwirtschaftlich erscheinen, wodurch sie im Laufe der Jahre immer weiter abnahmen. Durch die Reformen sollten die einheimische Produktion und die Exporte wirtschaftlicher und profitabler gemacht und so angekurbelt werden.

Die **Reformen beschränkten sich nicht nur auf die Währungen, sondern auf große Teile der Wirtschaft**. Subventionen wurden zum Teil deutlich reduziert, um Anreize für rentableres Wirtschaften und die Aufnahme formeller Arbeit zu setzen. Um dem auf Grund der Währungsreform unweigerlichen Anstieg der Inflationsrate zu begegnen, wurden die staatlichen Löhne, Gehälter und Renten deutlich erhöht. Nebenziel war hier auch eine Stärkung der Kaufkraft der breiten Masse der Bevölkerung und damit eine Reduzierung wirtschaftlicher Ungleichheiten.¹⁸

Im Rahmen der Reformen sollten auch die Preise für Strom und Gas erhöht werden. Davon wurde jedoch abgesehen, weil diese Pläne in der Bevölkerung zu heftiger Unruhe (wenn auch ohne offenen Protest auf der Straße) geführt hatten. **Schon 2020 muss der Regierung also durchaus klar gewesen sein, dass die kubanische Bevölkerung die Reformen nicht durchweg begrüßte und insbesondere Preissteigerungen für alltägliche und notwendige Ausgaben für weit verbreiteten Unmut sorgen würden.**

Die Reform führte wie erwartet zu **erheblichen Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel und andere Güter – in den staatlichen Läden gab es Preissteigerungen um 60 Prozent, im informellen Sektor, also dem Schwarzmarkt, um fast 7.000 Prozent**, wie selbst die Regierung nach fast einem Jahr zugeben musste.¹⁹ Gleichzeitig wurden bzw. werden viele Güter in den normalen Läden kaum noch angeboten, sondern nur noch in den staatlichen Geschäften, in denen in Devisen bezahlt werden muss. Diese werden vorrangig bestückt, weil die Regierung dringend Devisen braucht. Gleichzeitig haben sich aber auch die Schwarzmarktkurse von Dollar und Euro stark erhöht. Für die meisten Kubaner ist also die Versorgung mit vielen Gütern des täglichen Bedarfs erheblich schwieriger geworden – auch für diejenigen, die von Verwandten im Ausland bislang noch Devisen erhalten hatten, wie der nächste Abschnitt zeigt. Stundenlanges Anstehen vor Läden gehörte für viele Kubaner zwar schon seit Jahrzehnten zum Alltag, doch verschärfte sich die

18 Für eine detailliertere Auflistung der im Rahmen der Währungs- und Wirtschaftsreform implementierten Maßnahmen, siehe The Caribbean Council, Reform of Cuba's dual currency system, salaries, and prices to start on 1 January, 2020, <https://www.caribbean-council.org/reform-of-cubas-dual-currency-system-salaries-and-prices-to-start-on-1-january/> (zuletzt abgerufen am 11. April 2022).

19 Marcel Kunzmann, Elf Monate Währungsreform in Kuba: Regierung gibt Daten zur Inflation bekannt, Amerika21 am 8. November 2021, <https://amerika21.de/2021/11/255327/waehrungsreform-kuba-murillo> (zuletzt abgerufen am 11. April 2022). Siehe auch Knut Henkel, Die Inflation hat Kuba voll im Griff, Neues Deutschland am 22. November 2021, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1158831.kuba-in-der-krise-die-inflation-hat-kuba-voll-im-griff.html> (zuletzt abgerufen am 11. April 2022)

Situation noch einmal drastisch: **acht Stunden Schlangestehen vor dem Supermarkt für Dinge wie Fleisch, Öl und Waschmittel gelten mittlerweile als relativ kurze Wartezeit.**²⁰

Allein die Auswirkungen der Reformen hätten für sich genommen wohl schon Grund genug für Unruhen und Proteste sein können – und zumindest einige Beobachter hatten bereits vor den Reformen davor gewarnt.²¹

2.3. Strengere Sanktionen der USA²²

Ein weiterer „Baustein“ der Krise waren die Auswirkungen wieder verschärfter Sanktionen durch die USA.

Der amerikanische Präsident Barack Obama hatte die seit 1962 geltenden scharfen Sanktionen gegen Kuba im Jahre 2014 gelockert. Dem politischen Tauwetter waren monatelange vertrauliche Verhandlungen zwischen USA und Kuba in Kanada unter Vermittlung von Papst Franziskus vorausgegangen. Unter anderem wurden die Botschaften beider Staaten im jeweils anderen Land wiedereröffnet, es wurde für amerikanische Staatsbürger einfacher, Kuba zu besuchen, und amerikanische Banken bekamen Zugang zum kubanischen Bankensystem.

Obamas Nachfolger **Donald Trump verschärfte im September 2019 die Sanktionen** jedoch wieder drastisch. Es wurde schließlich **nahezu unmöglich, Überweisungen von den USA nach Kuba zu tätigen**. Damit endete auf einen Schlag ein großer Teil der die Zuflüsse von *remittances*, d.h. der **Überweisungen von Geld durch im Ausland lebende Kubaner**. Etwa neunzig Prozent der Auslandskubaner, die Geld auf die Insel überweisen, leben in den USA.

Remittances von Migranten machen in vielen Entwicklungsländern einen wichtigen Teil der Devisenzuflüsse aus. Dabei kommen die Gelder zumeist direkt den Familien der Migranten zugute, was erhebliche positive volkswirtschaftliche Effekte durch die Streuung der Gelder haben kann; sie werden, anders als z.B. Exporterlöse, nicht in Unternehmen konzentriert. In Kuba kassiert jedoch auch der Staat einen großen Teil der *remittances*, zumindest, wenn diese über Firmen wie Western Union überwiesen werden. Da es an Bardevisen mangelt, können Kubaner die Überweisungen von Dollars oder Euros nicht in diesen Währungen abheben, sondern müssen stattdessen

20 Ed Augustin, Why have Cuba's simmering tensions boiled over on to the streets?, The Guardian am 13. Juli 2021, <https://www.theguardian.com/global-development/2021/jul/13/cuba-anti-government-protests-shortages-social-media-sanctions> (zuletzt abgerufen am 11. April 2022).

21 „Und so stehen den Kubanern ab Ende dieser Woche ein Preisschock, außerdem Hamsterkäufe und vielleicht sogar eine noch größere Nahrungsmittelknappheit bevor. **Alles Dinge, die das Zeug haben, den Ärger der Bevölkerung zu entfachen und sie möglicherweise zu Protesten auf die Straße zu treiben** – wovor Präsident Miguel Díaz-Canel große Angst hat.“ Klaus Ehringfeld, Ende der Doppelwährung: Kubas Quantensprung in den Kapitalismus, Handelsblatt am 29. Dezember 2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/sozialistischer-staat-ende-der-doppelwaehrung-kubas-quantensprung-in-den-kapitalismus/26753016.html> (zuletzt abgerufen am 11. April 2022).

22 Alle Informationen dieses Abschnittes, sofern nicht durch Fußnote anderweitig vermerkt, aus: Daniel F. Runde, U.S. Policy on Remittances to Cuba: What Are Some Viable Options?, Center for Strategic and International Studies (CSIS) am 15. September 2021, <https://www.csis.org/analysis/us-policy-remittances-cuba-what-are-some-viable-options> (zuletzt abgerufen am 11. April 2022).

mit elektronischen Dollars vorliebnehmen. Diese wiederum können nur in bestimmten staatlichen Geschäften im Besitz der vom kubanischen Militär kontrollierten staatlichen Gesellschaft GAESA (Grupo de Administración Empresarial S.A., „Unternehmensverwaltungsgruppe A.G.“) die mit Western Union kooperieren, zur Zahlung verwendet werden - für Güter mit exorbitant hohen Preisen.

Dieses System sorgt dafür, dass Schätzungen zufolge ca. 45 Prozent der *remittances* nicht überwiesen, sondern in bar nach Kuba gebracht werden, zum Teil durch professionelle Devisenschmuggler. Diese schöpfen dabei natürlich einen gewissen Prozentsatz der Gelder ab.

Im September 2019 begrenzte die Trump-Administration die Höhe der Überweisungen nach Kuba zunächst auf 1.000 USD pro Kopf und Jahr. Im Oktober 2020 verbot sie die die Abwicklung von Überweisungen durch Unternehmen und Institutionen auf der sogenannten *Cuba Restricted List*, was unter anderem die GAESA-Geschäfte betraf. Dies führte zur Schließung von über 400 Western-Union-Filialen auf Kuba und schnitt sowohl die kubanische Regierung als auch große Teile der kubanischen Bevölkerung mit Verwandten im Ausland von Devisenüberweisungen in Form von *remittances* ab. Kurz vor dem Ende seiner Amtszeit (im Januar 2021) verschärfte Donald Trump die Sanktionen nochmals und setzte Kuba auf eine Liste von Staaten, die Terror finanzieren. Damit könnte jedes Unternehmen, das mit Kuba Geschäfte macht, von den USA wegen Unterstützung von Terrorfinanzierung bestraft werden.

Da Kuba keine Zahlen zu *remittances* veröffentlicht und auch kein Mitglied in internationalen Finanzorganisationen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ist, kann der wirtschaftliche Schaden durch die verschärften Sanktionen nur geschätzt werden. Experten gehen von 2- 3 Mrd. USD pro Jahr aus, die als *remittances* nach Kuba fließen. Rein rechnerisch erhält Kuba demnach pro Kopf fast 2.000 bis 3.000 USD im Jahr, angesichts der Armut der Bevölkerung und der Tatsache, dass viele Güter nur auf dem Schwarzmarkt gegen Devisen zu bekommen sind, eine erhebliche Summe. Zieht man die bar ins Land geschmuggelten Gelder ab, ergibt sich durch die Sanktionen eine Halbierung der *remittances*.

Neben den *remittances* von Diaspora-Kubanern betrafen die verschärften Sanktionen auch andere Institutionen, die für Devisenzuflüsse sorgten, z.B. die in Panama registrierte, der GAESA gehörende Exportabwicklungsgesellschaft FINCIMEX. Auch dies traf die kubanische Wirtschaft hart.

Im Juni 2021 verkündete die kubanische Regierung, dass die **Banken keine Bareinzahlungen mit US-Dollar** mehr akzeptieren würden (elektronische Überweisungen sind noch möglich).²³ Offiziell wurde dies mit den Schwierigkeiten kubanischer Banken, international Geschäfte in Dollar zu tätigen, begründet. Inoffiziell könnte der Schritt auch ein Versuch gewesen sein, den Schwarzmarkt-Wechselkurs des Dollars zu korrigieren. In jedem Fall machte er die Übersendung von *remittances* in Dollar noch schwieriger und teurer. Diaspora-Kubaner in den USA – die mit Abstand größte Gruppe der *Remittances*-Übersender - sind dazu gezwungen, Dollar in Euro zu tau-

23 Cuba suspending cash bank deposits in dollars, citing U.S. sanctions, Reuters am 11. Juni 2021, <https://www.reuters.com/world/americas/cuba-suspending-cash-bank-deposits-dollars-citing-us-sanctions-2021-06-11/> (zuletzt abgerufen am 11. April 2022).

schen und diese dann bar nach Kuba zu bringen bzw. bringen zu lassen, mit entsprechender Verminderung des Geldbetrages. Dies führte zu einem **Mangel an Euros in den Banken von Miami**, wo eine sehr große kubanische Exilgemeinde lebt.²⁴

Obwohl Joe Biden in seinem Wahlkampf eine Rücknahme der verschärften Sanktionen angekündigt hatte, sind sie weiterhin in Kraft.

2.4. Die Ölkrise in Venezuela und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen auf Kuba²⁵

Der vierte Katalysator der Proteste waren die Auswirkungen einer drastischen **Reduzierung der venezolanischen Erdöllieferungen** in Folge härterer Sanktionen Venezuelas durch die amerikanische Regierung unter Donald Trump.

Die beiden verstorbenen Staatsführer Venezuelas und Kubas, Hugo Chávez und Fidel Castro, hatten im Jahre 2000 ein Abkommen getroffen: venezolanisches Erdöl gegen kubanische Ärzte. Kubas Energieversorgung und damit die gesamte Wirtschaft ist sehr stark vom Erdöl abhängig. Über 80 Prozent der Elektrizität wird durch Verbrennung von Erdöl und Erdgas erzeugt.²⁶

Die von der Regierung Trump verschärften Sanktionen der USA gegen Venezuela sorgten für einen starken Einbruch der venezolanischen Öllieferungen, da die staatliche venezolanische Petroleumgesellschaft infolge des amerikanischen Embargos nicht mehr an Ersatzteile und andere wichtige Komponenten für die Förderung und den Export von Erdöl kam. Da die Erdölinfrastruktur durch jahrelange Misswirtschaft, insbesondere fehlende Investitionen durch die venezolanische Regierung, ohnehin weitgehend marode war, führten die Sanktionen schnell zu einem deutlichen Rückgang der Exporte, was natürlich auch Kuba betraf.

Infolgedessen wurden auf Kuba **Stromausfälle**, schon zuvor alltäglich, immer länger und es kam zur **Rationierung von Elektrizität**: in einigen Städten und Landesteilen - darunter auch in San Antonio de los Baños, wo es die ersten Straßenproteste gab - wurde im Juni und Juli 2021 regelmäßig bis zu zwölf Stunden pro Tag der Strom abgestellt. Darüber hinaus wurden **Kraft- und Brennstoffe knapp** und waren, wenn überhaupt, für viele Kubaner nur noch zu stark erhöhten Preisen auf dem Schwarzmarkt erhältlich. **Anfang Juli 2021** verkündete die Regierung, dass bis Ende des Monats **landesweit jeden Tag für sieben Stunden der Strom abgestellt** werden würde.

2.5. Programme zur Demokratieförderung der USA

Bevor im folgenden Abschnitt der Ablauf der Proteste geschildert wird, soll kurz die Rolle geschildert werden, die Programme der amerikanischen Regierung zur Förderung der Demokratie

24 The Dollar Remains Legal in Cuba, but..., Havana Times am 24. Juni 2021, <https://havanatimes.org/features/the-dollar-remains-legal-in-cuba-but/> (zuletzt abgerufen am 1. April 2022).

25 Alle Informationen dieses Abschnittes aus: Tsvetana Paraskova, How Venezuela's Oil Crisis Triggered Mass Protests In Cuba, Oilprice.com am 14. Juli 2021, <https://oilprice.com/Energy/General/How-Venezuelas-Oil-Crisis-Triggered-Mass-Protests-In-Cuba.html>

26 International Energy Agency (IEA), Cuba, 2022, <https://www.iea.org/countries/cuba> (zuletzt abgerufen am 11. April 2022).

auf Kuba sowie die Aktivitäten von Exilkubanern in den USA spielten. Sie halfen bei der raschen Verbreitung der Proteste und insbesondere der Forderungen nach einem politischen Systemwechsel. Zugleich lieferten sie der kubanischen Regierung aber auch einen Vorwand, um die Demonstranten als „Söldner“ zu diffamieren, den Zugang zum Internet zu sperren und später hohe Haftstrafen für einige der Hauptakteure der Proteste auszusprechen (siehe dazu Abschnitt 3).

Dennoch kann klar gesagt werden, dass diese Aktivitäten kaum Wirkung entfaltet hätten, wenn sich nicht bereits der „perfekte Sturm“ aus allgegenwärtigem Mangel, der Wirtschaftskrise, Stromausfällen und der Covid-19-Pandemie über Kuba zusammengebraut hätte. **Tatsächlich existierten solche Programme bereits seit langer Zeit und hatten es nie vermocht, zu Protesten auf Kuba zu führen oder eines ihrer anderen Ziele zu erreichen. Erst die multiple Krise Kubas schuf die Bedingungen, unter denen sie einige Effekte zeitigen konnten** – und in der Rückschau lässt sich feststellen, dass diese Effekte nicht von langer Dauer waren.

Derzeitige amerikanische Programme zur Demokratieförderung in Kuba und ihre Finanzierung werden durch Section 109(a) des Cuban Liberty and Solidarity Act von 1996 (auch: Helms-Burton-Act) und Section 1705 des Cuban Democracy Act von 1992 geregelt; doch veröffentlichen die amerikanische Bundesregierung bzw. der Kongress kaum Informationen über Art, Inhalt und Effektivität der Demokratieförderungsprojekte in Kuba.²⁷ Die amerikanische Entwicklungshilfebehörde (U.S. Agency for International Development, USAID) und das Außenministerium unterstützen die kubanische Opposition seit Jahrzehnten. Haushaltsmittel mit dem spezifischen Zweck der Förderung der Menschenrechte auf Kuba erreichten im Jahre 2020 mit insgesamt 6,7 Mio. USD den höchsten Stand seit mindestens 20 Jahren. Ebenso erhöhten sich die Ausgaben für Projekte mit vertraulichem Inhalt. Öffentliche Informationen zu Ausgaben, die diese Programme eindeutig mit den Ereignissen des 11. Juli 2021 in Verbindung bringen, gibt es nicht. Die Tatsache, dass die USA schon seit Jahrzehnten Geld für die Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie der kubanischen Opposition ausgeben, ohne, dass dies bislang einen nennenswerten Effekt hatte, spricht eher gegen die These, dass die Ereignisse des 11. Juli 2021 in signifikanter Weise durch solche Programme ausgelöst wurden. Das gilt auch für Versuche, junge Kubaner über das Internet zu beeinflussen. Schon 2010 scheiterte z.B. USAID daran, eine Art kubanische Version von Twitter namens ZunZuneo zu etablieren.²⁸ Dennoch kann ein gewisser Anheiz-Effekt auf die Proteste – siehe oben – nicht bestritten werden.

3. Die Proteste

Die folgenden Ausführungen zum eigentlichen Ablauf der Ereignisse stützen sich insbesondere auf die Beobachtungen der amerikanischen Wissenschaftlerin Helen Yaffe von der American

27 Alle Informationen dieses Absatzes: Tracey Eaton, U.S. Government Democracy Projects in Cuba: Following the Money, 2022, <https://redint.isri.cu/wp-content/uploads/2021/11/eaton-dem-projects-in-cuba.pdf> (zuletzt abgerufen am 13. April 2022).

28 Philip Brenner, Introduction: Setting the Context, American University, 2022, <https://www.american.edu/centers/latin-american-latino-studies/cuba-after-the-july-11-protests-brenner.cfm> (zuletzt abgerufen am 12. April 2022).

University in Washington, die sich zum Zeitpunkt der Proteste in Kuba aufhielt und darüber einen Bericht verfasste.²⁹ Ihren Angaben zufolge gab es in der internationalen Berichterstattung zu den Protesten – insbesondere in den amerikanischen Medien, aber auch bei Agenturen wie Reuters, und ganz besonders in sozialen Medien – zahlreiche Übertreibungen und klare Fehlangaben bzw. **irreführende Bebilderungen**. Dies wurde später auch von anderen Berichterstattern bestätigt. So wurden zur Illustration der Proteste zum Teil Bilder ganz anderer Demonstrationen (die gar nicht in Kuba stattfanden) gezeigt, oder die **Bilder von regierungstreuen Demonstrationen als die der Proteste bezeichnet**.³⁰ Selbst Reuters kennzeichnete einen Fact-Checking-Beitrag zu den Protesten mit einem Bild einer offiziellen, d.h. vom Staat inszenierten, „revolutionären Demonstration“ zum Ersten Mai 2018 mit hunderttausenden Teilnehmern fälschlicher- bzw. irrtümlicherweise als ein Photo von den Protesten. Auch befanden sich – auch dies von anderer Seite aus bestätigt - einige der angeblichen Demonstranten, die Aufnahmen der Proteste auf sozialen Medien verbreiteten, gar nicht auf Kuba. Ein in den sozialen Netzwerken verbreitetes Video zum von den Demonstranten gesungenen Protest-Lied „Patria y Vida“ (Vaterland und Leben, eine Umdichtung des revolutionären Liedes „Patria o Muerte“, Vaterland oder Tod) war schon im Februar in Miami produziert worden – in zahlreichen internationalen Medien wurde es so dargestellt, als handele es sich um eine spontane Produktion junger, regierungskritischer Kubaner.³¹ Insbesondere republikanische Politiker in den USA und der amerikanische Sender Fox News dominierten die Berichterstattung in den USA sehr früh, interpretierten die Proteste alsbald als Vorbote eines bevorstehenden Sturzes des kubanischen Regimes und stellten Forderungen nach einer amerikanischen Intervention.

Umgekehrt machten aber auch die kubanischen Behörden sehr schnell eine über das Internet gesteuerte Kampagne ausländischer Akteure, insbesondere aus den USA bzw. von deren Regierung bezahlt, als Grund für die Proteste aus und leugneten, dass es sich um echte soziale Unruhen gehandelt habe. Die Demonstranten seien „Söldner, Lakaien des Yankee-Imperiums“ gewesen.³²

Dies ist wenig glaubwürdig, da es bereits lange zuvor klare Anzeichen für Unmut in der Bevölkerung gegeben hatte, wie ein Bericht der BBC vom 14. Juli darlegt.³³ Die BBC zitiert Leserkommentare der offiziellen kubanischen Regierungswebseite Cubadebate, aus denen eindeutige Kritik vieler Menschen an der Politik wegen der schwierigen Lebensumstände der Bürgerinnen und Bürger

29 Die Angaben dieses Abschnittes entstammen, sofern nicht durch Fußnote anderweitig vermerkt, aus: Helen Yaffe, 11 July Protests in Cuba: A Personal Narrative of Events, American University, 2022, <https://www.american.edu/centers/latin-american-latino-studies/cuba-after-the-july-11-protests-yaffe.cfm> (zu-letzt abgerufen am 12. April 2022).

30 „Numerous mainstream outlets, including the New York Times and El País published photos of government supporters in the streets, describing them as opposition activists Photos of protests in Egypt, sports celebrations in Argentina, looting in South Africa, and police repression of Catalan activists were all presented as showing the Cuban protests of 11 July.” Helen Yaffe (Anm.29).

31 Siehe Philipp Brenner, Fußnote 28 auf Seite 13.

32 Siehe Philipp Brenner, Fußnote 28 auf Seite 13.

33 Alle Angaben dieses Absatzes: Pascal Fletcher, Cuba protests: Frustration at government runs deep, BBC am 14. Juli 2021, <https://www.bbc.com/news/world-latin-america-57823130> (zuletzt abgerufen am 12. April 2022).

insbesondere seit dem Eintreffen der Delta-Variante und des sprunghaften Anstiegs von Infektions- und Todeszahlen spricht. Die BBC weist darauf hin, dass die kubanische Regierung eine eigene Organisationseinheit zur Aufklärung über die öffentliche Meinung habe.

Grundsätzlich kann über die schwierige Lage der meisten Kubaner kaum begründeter Zweifel bestehen. Kampagnen auf sozialen Medien, auch aus dem Ausland, spielten sicherlich eine nicht unbedeutende Rolle bei der Verbreitung von Bildern und fachten die Proteste vermutlich weiter an. Die diesen Protesten zugrundeliegende Frustration und Wut ist angesichts der in Teil 2 dieser Arbeit dargelegten Entwicklungen und Umstände aber plausibel und nachvollziehbar. Wie in Abschnitt 2.5 dargelegt, hätten Impulse bzw. Kampagnen von außen kaum Wirkung entfaltet, wenn sich nicht auf Kuba bereits alle Faktoren für den Ausbruch der Proteste herausgebildet und gegenseitig potenziert hätten. Zugleich schienen die Proteste wenig gesteuert bzw. koordiniert und verfolgten auch keine erkennbare Programmatik.

Im Lichte der Ausführungen aus Abschnitt 2 kann folgendes als plausibel und folgerichtig festgestellt werden:

Die schwere Wirtschaftskrise aufgrund der Reformen in Verbindung mit dem pandemiebedingten Zusammenbruch des Tourismus, der Wegfall von Deviseneinkünften aus dem Tourismus und der *remittances*, die Inflation mit ihren drastischen Preisanstiegen, leere Geschäfte und stundenlange Stromausfälle hatten in der ersten Jahreshälfte 2021 zu wachsender Unruhe und Frustration in weiten Teilen der Bevölkerung gesorgt.

Mit dem Auftreten der Delta-Variante des Co-19-Virus kam es Anfang Juli zu einem (im Vergleich zu den bis dahin relativ geringen Zahlen Kubas) drastischen Anstieg der Infektions- und Todesfälle. Schutz- und Hygienemaßnahmen wurden verstärkt, was z.B. auch Ausgangssperren und Abstandsregeln beinhaltete, die viele Menschen aber gar nicht erfüllen konnten, weil sie sich z.B. stundenlang und schon in der Nacht vor Lebensmittelgeschäften anstellen mussten. Viele Krankenhäuser - ebenfalls massiv unterversorgt - kamen an die Grenze des Leistbaren und die Impfkampagne geriet aufgrund eines Mangels an geeigneten Spritzen und an Impfstoffen ins Stocken.

Dies bedeutete für viele Menschen, jeden Tag in beengten Verhältnissen zuzubringen, davon mehrere Stunden ohne Strom und bei noch einmal deutlich verschlechterter Versorgung mit Konsumgütern, Dingen des täglichen Bedarfs und Medizin, wozu auch noch die Angst vor Ansteckung kam.

Für viele Kubaner scheint die Delta-Welle das Fass zum Überlaufen gebracht zu haben. Auch wenn insbesondere der Wegfall des Tourismus infolge der Pandemie und die verschärften Sanktionen der USA kaum direkt der kubanischen Regierung angelastet werden können, verlor die Regierung massiv an Vertrauen. **Viele Kubaner waren wegen der seit Monaten herrschenden Krise erschöpft, frustriert und verärgert.**

3.1. Ablauf der Proteste³⁴

Die weitaus größten und zahlreichsten Proteste gab es an einem einzigen Tag, dem 11. Juli 2021. In den folgenden Tagen kam es zu einigen weiteren Protesten, bei denen ein Mensch getötet wurde. Zu beachten ist, dass es auch zahlreiche Gegendemonstrationen von Regierungsanhängern („Revolutionären“) gab. Eine große Kundgebung dieser Art am 17. Juli beendete die Tage des Protestes im Juli. Ein Versuch von kubanischen Oppositionellen, eine weitere Demonstration im November durchzuführen, scheiterte an den repressiven Maßnahmen des Regimes (s.u. Abschnitt 3.1.3).

3.2. 11. Juli 2021

Am Morgen des **11. Juli 2021** (eines Sonntags) kam es zu **Demonstration von mehreren hundert Menschen in der westkubanischen Stadt San Antonio de los Baños**. Einige der Demonstranten versuchten, die örtliche Polizeiwache zu betreten und warfen Steine und Flaschen.

Die **Demonstranten folgten einem Aufruf auf Facebook**, der von einem User unter dem Pseudonym Danilo Roque gepostet worden war. Der Aufruf wurde in einer von Miami aus verwalteten Facebook-Gruppe namens „Stadt des Humors“ gepostet.³⁵ Vordergründig beklagte der Aufruf die Stromausfälle, enthielt aber auch zahlreiche politische Forderungen, wie nach freien Wahlen. „Danilo Roque“ hatte bereits seit 2019 mehrfach erfolglos zu Protesten auf Kuba aufgerufen. In einem am 22. Juli 2021 veröffentlichten Interview mit der Webseite El Estornudo gab er an, den starken Anstieg der Covid-19-Infektionen als „opportune Gelegenheit“ für einen erfolgreichen Protestaufruf erkannt zu haben - die Regierung sei mit der Pandemie beschäftigt gewesen und der Mangel an Medizin und die ständigen Blackouts hätten die Frustration in der Bevölkerung stark gesteigert. Allerdings habe „Stadt des Humors“ (ein Spitzname von San Antonio de los Baños; die Facebook-Gruppe ist für Menschen in und aus der Stadt gedacht) weder Gelder von der amerikanischen Regierung erhalten noch Proteste in anderen Städten initiiert oder koordiniert.³⁶

Fast zeitgleich demonstrierten **ebenfalls mehrere hundert Bürgerinnen und Bürger am anderen Ende der Insel in Palma Soriano**.

Über Mobilfunk verbreitete sich die Nachricht rasch über das ganze Land. **Schon am Nachmittag des 11. Juli marschierten tausende zumeist junge Kubaner durch die Innenstadt von Havanna sowie durch andere Städte**. In einigen Orten warfen demonstrierende Menschen Steine auf die alarmierten Sicherheitskräfte, die auf die Menschen einschlugen und viele von ihnen verhafteten. Andernorts wurden auch Läden geplündert. Die Frustration der Demonstranten verdeutlicht ein Zitat eines von ihnen: „Ich bin hier wegen des Hungers, weil es keine Medizin gibt, wegen

34 Die Angaben dieses Abschnittes entstammen, sofern nicht durch Fußnote anderweitig vermerkt, aus: Helen Yaffe (Anm.29).

35 Sarah Marsh, The Facebook Group That Staged First in Cuba's Wave of Protests, U.S. News & World Report am 9. August 2021, <https://www.usnews.com/news/world/articles/2021-08-09/the-facebook-group-that-staged-first-in-cubas-wave-of-protests> (zuletzt abgerufen am 12. April 2022).

36 Siehe Sarah Marsh, Fußnote 35 auf Seite 16.

der Stromausfälle - weil es an allem mangelt.“³⁷ Derselbe Demonstrant sagte weiterhin: „Ich will einen totalen Wandel: einen Regierungswechsel, Wahlen mit mehreren Parteien und ein Ende des Kommunismus.“

Inwieweit solche Forderungen nach einem fundamentalen Systemwechsel repräsentativ sind, kann nicht genau gesagt werden. Zumindest bei den ersten Protesten ging es (nach Auswertung der verfügbaren Quellen) den meisten wohl primär um eine Verbesserung der desaströsen wirtschaftlichen Lage und ihrer Lebensumstände. Die Menschen skandierten zumindest zeitweilig „*Libertad!*“, also Freiheit, erklärten gegenüber Journalisten aber auch, dass sie Hunger litten.³⁸ Ebenso wurden Forderungen nach Medizin bzw. einer besserer Versorgung der Covid-19-Infizierten erhoben.

Fest steht jedoch, dass Rufe nach einem politischen Wandel sich in sehr kurzer Zeit stark verbreiteten und die Proteste online und in persona auch von bekannten Oppositionellen bzw. oppositionellen Gruppen unterstützt wurden. Dazu gehört z.B. die San-Isidro-Bewegung, eine Gruppe unabhängiger Künstler, Journalisten und Aktivisten, die sich für die Kunst- und Meinungsfreiheit auf Kuba einsetzen.³⁹ Bekanntestes Gesicht der Gruppe ist der Künstler Luis Manuel Otero Alcántara.⁴⁰

Noch am Nachmittag des 11. Juli traf Präsident **Miguel Díaz-Canel Bermúdez** mit einigen Mitgliedern des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei in San Antonio ein und sprach mit Demonstranten. Er äußerte Verständnis für ihre Frustrationen, erklärte aber, dass die Stromausfälle notwendig seien, weil „Reparaturen“ am Netz durchgeführt würden und die Elektrizität vorrangig für die Krankenhäuser gebraucht würde. Die Proteste seien fehlgeleitet, vielmehr gingen sie auf Kampagnen der „kubanischen Mafia“ auf den sozialen Medien zurück. Darüber hinaus gebe es „Konterrevolutionäre, Söldner, bezahlt von der US-Regierung oder indirekt bezahlt durch US-Behörden, um diese Art von Demonstration aufzuführen.“⁴¹

Um 16 Uhr erschien der Präsident im kubanischen Fernsehen, verurteilte in einer Ansprache an die Nation die Proteste und machte das Ausland für die „Aufwiegelung“ verantwortlich. Er rief alle „Revolutionäre“, d.h. regierungstreue Kubaner, zu Gegendemonstrationen auf, die sich auch tatsächlich schnell zu Tausenden einfanden. Beobachtern zufolge ließ sich ferner ein gewisser

37 Ed Augustin und David Montero, Thousands march in Cuba in rare mass protests amid economic crisis, The Guardian am 12. Juli 2021, <https://www.theguardian.com/global-development/2021/jul/12/thousands-march-in-cuba-in-rare-mass-protests-amid-economic-crisis> (zuletzt abgerufen am 11. April 2022). Im englischen Text der Quelle lauten die Zitate: “I’m here because of hunger, because there’s no medicine, because of power cuts – because there’s a lack of everything” und “I want a total change: a change of government, multiparty elections, and the end of communism.” (Übersetzung durch den Verfasser).

38 Siehe dazu das Video im Artikel des Guardian, Anmerkung 37 auf Seite 17.

39 Movimiento San Isidro, ¿Quiénes somos?, 2022, <https://www.movimientosanisidro.com/quienes-somos/> (zuletzt abgerufen am 13. April 2022).

40 Movimiento San Isidro, siehe Anmerkung 39 auf Seite 17.

41 Helen Yaffe, siehe Anmerkung 29 auf Seite 14.

Altersunterschied zwischen beiden Gruppen von Demonstranten feststellen: die Regierungstreuen seien vornehmlich ältere Kubaner gewesen.⁴² Kubanischen Staatsmedien zufolge wurden während der Proteste am 11. Juli 34 staatliche Einrichtungen bzw. Geschäfte attackiert und verwüstet.

Nach wenigen Stunden waren die Proteste vorbei und die Sicherheitskräfte hatten die Kontrolle über die Straßen zurückgewonnen. Am Abend des 11. Juli wurde der Zugang zum Internet über Smartphones ausgesetzt.

3.3. 12. – 17. Juli 2021⁴³

In den Tagen nach den großen Protesten gab es einige kleinere, vereinzelte Demonstrationen. Dabei wurde am **12. Juli** in der Stadt Arroyo Naranjo **der 36-jährige Diubis Laurencio Tejeda von der Polizei erschossen**. Am selben Tag blockierte die kubanische Regierung den Zugang zu WhatsApp, Facebook, Twitter und anderen sozialen Netzwerken und Messengerdiensten. In der Folge luden zahlreiche Kubaner das VPN (Virtual Private Network) Psiphon herunter, um die Sperren zu umgehen. Psiphon wird vom Open Technology Fund der amerikanischen Behörde für Globale Medien (U.S. Agency for Global Media, USAGM)⁴⁴ finanziert. Laut Psiphon erhöhte sich die Zahl der täglichen Nutzer aus Kuba schlagartig auf 1,3 Mio.

Zahlreiche Personen wurden festgenommen, darunter eine große Zahl bekannter Dissidenten und Oppositioneller (s.u. Abschnitt 4.2). Die kubanische Regierung bemühte sich, die Proteste weiterhin als Ergebnis amerikanischer Machenschaften darzustellen.

Am **17. Juli 2021** folgten zehntausende Kubaner einem Aufruf der Regierung und nahmen auf dem Malecón, der Seepromenade von Havanna, an einer **Kundgebung gegen das amerikanische Embargo und gegen die Proteste vom 11. Juli** teil. Dabei war auch der frühere Präsident Raúl Castro, Bruder des verstorbenen Fidel Castro, anwesend.

3.4. 15. November 2021

Auf den **Aufruf einiger Dissidenten und Oppositioneller sowie Exilkubaner, am 15. November erneut landesweit zu protestieren**, reagierte die kubanische Regierung umgehend mit einem Verbot. Unter dem Druck der Behörden, die im Vorfeld einige Oppositionelle, darunter auch den Sacharow-Preisträger **Guillermo Fariñas** (s.u. Abschnitt 4.2) festgenommen bzw. unter Hausarrest gestellt hatten, **kam es in Kuba selbst zu keinen Protesten**. Dazu trugen auch zahlreiche regierungstreue Kubaner bei, die sich am Morgen des 15. November vor den Häusern bekannter Dissidenten versammelten und diese massiv unter Druck setzten. Der oppositionelle Dramaturg

42 Ed Augustin und Daniel Montero (Anm. 37). Kuba hat eine der ältesten Bevölkerungen in der Region.

43 Helen Yaffe, siehe Anmerkung 29 auf Seite 14.

44 Die Behörde für Globale Medien ist mit der Förderung von Demokratie und Meinungsfreiheit außerhalb der Vereinigten Staaten beauftragt. Sie betreibt die Sender Voice of America und das Office for Cuba Broadcasting mit Radio and Television Martí und finanziert darüber hinaus Radio Free Europe, Radio Free Asia, Middle East Broadcasting Network sowie den Open Technology Fund.

Yunior García Aguilera, den die Staatsmedien zuvor wochenlang zum „Staatsfeind Nummer Eins“ stilisiert hatten, wurde von Regierungstreuen - möglicherweise Polizisten in Zivil - daran gehindert, sein Haus zu verlassen.⁴⁵ Er hatte zuvor angekündigt, notfalls allein zu protestieren. Zwei Tage später flüchtete er nach Spanien.

4. Folgen

Die katastrophale wirtschaftliche Situation und die Niederschlagung der Proteste haben zu einem **massiven Anstieg der Auswanderung aus Kuba** geführt.⁴⁶ Viele Teilnehmer an den Protesten erhielten Asyl, insbesondere in den USA und in Spanien. Allein im Januar und Februar 2022 versuchten mehr als 30.000 Kubaner, über Mexiko die USA zu erreichen oder beantragten Asyl in Mexiko selbst.

4.1. Politische Reaktionen der kubanischen Regierung

Im August verabschiedete die kubanische Regierung ein Gesetz (**Decreto-Ley 35**), das die Internetkommunikation in Kuba regeln soll und dabei laut Präsident Díaz-Canel unter anderem auch gegen „Desinformation und „Cyber-Lügen““ (*cibermentira*) gerichtet ist.⁴⁷ Das mehr als 70-seitige Gesetzeswerk⁴⁸ schafft mindestens 17 neue Straftatbestände, deren Schwere in erster Linie von ihrer politischen bzw. sozialen Wirkung bestimmt wird. Beispielsweise wird „soziale Subversion“ als Straftat von besonderer Schwere eingestuft, wobei sie im Gesetz definiert wird als „Bestreben, die öffentliche Ordnung zu verändern und soziale Disziplinlosigkeit zu fördern.“ Der Vizeminister für Kommunikation, Wilfredo González, nannte als eines der Ziele des Gesetzes, dass „niemand einen Beamten unseres Landes oder unseren revolutionären Prozess verunglimpfen kann.“ **De facto stellt das Gesetz nahezu jede politische Äußerung im Internet, die von der offiziellen Linie abweicht und/oder als Kritik an ihr interpretiert werden könnte, unter Strafe.** Wie in autoritären Regimen üblich, sind die **Definitionen der Tatbestände so vage** gehalten, dass alle möglichen Äußerungen darunter fallen können.

45 Dissidentenfürer Yunior García Aguilera flieht nach Spanien, ZEIT am 17. November 2021, https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-11/kuba-proteste-dissident-yunior-garcia-aguilera-spanien?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F (zuletzt abgerufen am 20. April 2022).

46 Lillian Perlmutter, Cubans choose exile to escape post-protest political crackdown, Guardian am 24. März 2022, <https://www.theguardian.com/world/2022/mar/24/cubans-exile-political-crackdown-mexico-migrants> (zuletzt abgerufen am 20. April 2022).

47 Alle Informationen dieses Abschnittes: Lioman Lima, Decreto Ley 35: las nuevas regulaciones en Cuba para condenar a los que hablen mal del gobierno en redes sociales, BBC News Mundo am 19. August 2021, <https://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-58272680> (zuletzt abgerufen am 13. April 2022).

48 Ministerio de Justicia de la República de Cuba, Decreto-Ley No. 35 de las telecomunicaciones, las tecnologías de la información y la comunicación y el uso del espectro radioeléctrico, 17. August 2021, <https://www.gacetaoficial.gob.cu/sites/default/files/goc-2021-o92.pdf> (zuletzt abgerufen am 13. April 2022).

4.2. Verhaftungen und Verurteilungen

Noch am 11. Juli 2021 wurde der Dissident **José Daniel Ferrer García**, Anführer der oppositionellen Gruppierung Patriotische Union von Kuba, festgenommen, als er versuchte, sich dem Protest in Santiago de Cuba anzuschließen.⁴⁹ Ferrer hatte sich wegen einer früheren Verurteilung im Hausarrest befunden. Am 17. August wurde er dazu verurteilt, den Rest der Strafe – viereinhalb Jahre – im Gefängnis abzusitzen.

Ebenso wurde auch der Sänger **Luis Manuel Otero Alcántara**, einer der bekanntesten Künstler und Sprecher der oppositionellen San-Isidro-Bewegung, auf dem Weg zu den Protesten verhaftet. Dasselbe widerfuhr allen anderen Mitgliedern der Künstlerbewegung, mit Ausnahme des Dokumentarfilmers Michel Matos, der sich im Ausland aufhielt.⁵⁰ Einige der Künstler wurden später zwar wieder aus der Haft entlassen, stehen aber seither unter Hausarrest.

Weitere bekannte festgenommene Oppositionelle sind der Journalist **Esteban Rodríguez**, die Menschenrechtsaktivistin **Thais Mailén Franco Benítez**, der Künstler und Menschenrechtsaktivist **Maykel Castillo Pérez** und der Grafikkünstler **Hamlet Lavastida**.⁵¹ Wie Otero Alcántara wurden sie von der NGO Amnesty International als gewaltlose politische Gefangene eingestuft, stellvertretend für alle anderen politischen Gefangenen Kubas.

Eine weitere Festgenommene war die Journalistin **Camila Acosta**, die für eine spanische Zeitung aus Kuba berichtete. Der spanische Außenminister José Manuel Albares forderte am 13. Juli 2021 ihre sofortige Freilassung. Sie wurde aufgrund des Protestes aus Spanien zunächst unter Hausarrest gestellt und am 27. Juli daraus entlassen.⁵² Im November wurde sie der Anstiftung zu Straftaten angeklagt.⁵³ Zahlreiche Journalisten und Schriftsteller Kubas stehen unter Hausarrest, sind in

49 Leading Cuban Dissident Ordered to Serve 4 Year Prison Sentence, Voice of America unter Berufung auf Reuters am 18. August 2021, https://www.voanews.com/a/americas_leading-cuban-dissident-ordered-serve-4-year-prison-sentence/6209701.html (zuletzt abgerufen am 20. April 2022).

50 Knut Henkel, „Kuba droht ein Bürgerkrieg“, taz am 15. Juli 2021, <https://taz.de/Kubanischer-Kuenstler-ueber-Proteste/!5781464/> (zuletzt abgerufen am 20. April 2022).

51 Kuba: Behörden gehen systematisch gegen Protestierende vor, Amnesty am 20. August 2021, <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/kuba-behoerden-gehen-systematisch-gegen-protestierende-vor> (zuletzt abgerufen am 19. April 2022).

52 Liberada la corresponsal de ABC en La Habana, Camila Acosta, tras ser detenida e interrogada durante horas, ABC Internacional am 27. Juli 2021, https://www.abc.es/internacional/abci-cubanet-informa-otra-detencion-periodista-camila-acosta-202107270149_noticia.html (zuletzt abgerufen am 20. April 2022).

53 Acusan a periodista cubana Camila Acosta del presunto delito de instigación a delinquir, Cibercuba am 30. November 2021, <https://www.cibercuba.com/noticias/2021-12-01-u1-e208227-s27061-acusan-periodista-cubana-camila-acosta-presunto-delito> (zuletzt abgerufen am 20. April 2022).

Haft oder dürfen das Land nicht verlassen bzw. nicht wieder einreisen, wenn sie im Ausland leben.⁵⁴ Dies ist ein seit Jahrzehnten währender Zustand, der sich in Folge des 11. Juli 2021 noch einmal deutlich verschlimmert hat.

Kurz vor den für den 15. November geplanten Protesten wurde der Dissident und **Sacharow-Preisträger Guillermo „Coco“ Fariñas** festgenommen.⁵⁵ Auf internationalen Druck wurde er wieder freigelassen und sprach am 3. März 2022 vor dem Unterausschuss für Menschenrechte des Europäischen Parlamentes, wo er die Namen von Oppositionellen nannte, die weiterhin in Kuba inhaftiert sind.⁵⁶ Neben den oben erwähnten Personen sind dies **Félix Navarro und seine Tochter Sayli Navarro**⁵⁷ sowie **Sissi Abascal**.⁵⁸ Sayli Navarro und Sisi Abascal sind führende Vertreterinnen der oppositionellen Frauengruppe **Damas de Blanco** (Damen in Weiß).⁵⁹

Während und nach den Protesten am 11. Juli wurden **insgesamt 1.339 Personen festgenommen**, von denen Ende Januar 2022 noch mindestens 710 weiterhin in Haft waren, darunter 14 Minderjährige.⁶⁰ Bereits im Juli 2021 gab es erste Sammelprozesse gegen knapp 600 Teilnehmer an den Protesten, denen minderschwere Straftaten vorgeworfen waren. Wie fast alle Gerichtsprozesse auf Kuba fanden sie unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und wurden weder von der kubanischen Justiz noch der Regierung kommentiert.

Erst im Januar 2022 äußerte sich die kubanische Generalstaatsanwaltschaft offiziell zu den Verfahren gegen die übrigen 710 Angeklagten.⁶¹ Von ihnen waren 69 in Untersuchungshaft, 172 waren bereits verurteilt worden. Einige der Urteile gegen die Angeklagten waren schon zuvor von

54 Für eine längere **Liste der betreffenden Personen** siehe Informe SIP detalla múltiples ataques contra periodistas y críticos del régimen de Cuba, Radio Televisión Martí, 19. April 2022, <https://www.radiotelevision-marti.com/a/informe-sip-detalla-m%C3%BAltiples-violaciones-contra-periodistas-y-cr%C3%ADticos-del-r%C3%A9gimen-de-cuba/317709.html> (zuletzt abgerufen am 20. April 2022).

55 Kubanischer Dissident Fariñas festgenommen, DW am 13. November 2021, <https://www.dw.com/de/kubanischer-dissident-fari%C3%B1as-festgenommen/a-59809202> (zuletzt abgerufen am 20. April 2022).

56 Fariñas en el Parlamento Europeo: 'La apuesta por acompañar al régimen cubano ha fracasado', El Diario de Cuba am 3. März 2022, https://diariodecuba.com/derechos-humanos/1646320958_37849.html (zuletzt abgerufen am 19. April 2022).

57 Die KAS Mexiko fordert die sofortige Freilassung von Félix Navarro und Sayli Navarro, Konrad-Adenauer-Stiftung Mexiko am 3. März 2022, <https://www.kas.de/de/web/mexiko/publikationen/einzeltitle/-/content/la-kas-mexico-exige-la-liberacion-inmediata-de-felix-navarro-y-sayli-navarro> (zuletzt abgerufen am 20. April 2022).

58 Cuban Sissi Abascal's Appeal is Denied and Her Six-Year Prison Sentence is Confirmed, Translating Cuba am 30. Dezember 2021, <https://translatingcuba.com/cuban-sissi-abascals-appeal-is-denied-and-her-six-year-prison-sentence-is-confirmed-14ymedio/> (zuletzt abgerufen am 20. April 2022).

59 ¿Quiénes son las Damas de Blanco?, Damas de Blanco, 2006, <https://www.damasdeblanco.com/> (zuletzt abgerufen am 20. April 2022).

60 Knut Henkel, Prozesse zur Abschreckung, taz am 18. Januar 2022, <https://taz.de/Verfahren-nach-Protesten-in-Kuba/!5826168/> (zuletzt abgerufen am 19. April 2022).

61 Kuba bestätigt erstmals Prozesse, taz am 26. Januar 2022, <https://taz.de/Verfahren-nach-Protesten-im-Juli/!5832017/> (zuletzt abgerufen am 19. April 2022).

Nichtregierungsorganisationen bekanntgemacht worden. So wurde der aus Kuba stammende **Deutsche Luis Frómeta Compte**, der die Proteste mit seinem Handy gefilmt und die Aufnahmen weiterverbreitet hatte, am 23. Dezember 2021 **zu 25 Jahren Haft verurteilt**.⁶² Da er neben der deutschen auch die kubanische Staatsangehörigkeit hat, verweigerte ihm die kubanische Justiz konsularischen Beistand.⁶³

Im März 2022 wurden die Urteile in einem weiteren Sammelprozess gegen Teilnehmer von zwei Protesten in Havanna verkündet.⁶⁴ Von insgesamt 128 des Aufruhrs und des Vandalismus Angeklagten wurde einer freigesprochen, der Rest erhielt **Strafen zwischen sechs und 30 Jahren Haft**.

62 Kuba: Deutscher zu 25 Jahren Haft verurteilt, Internationale Gesellschaft für Menschenrechte am 24. Dezember 2021, <https://www.igfm.de/kuba-deutscher-zu-25-jahren-haft-verurteilt/> (zuletzt abgerufen am 19. April 2022).

63 Dies steht im Einklang mit internationalem Recht. Staaten können einem eigenen inhaftierten Staatsbürger mit einer weiteren Staatsbürgerschaft konsularische Betreuung durch den anderen Staat gestatten, müssen dies aber nicht. Siehe Auswärtiges Amt, Konsularische Betreuung in ausländischer Haft, 2022, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/konsularinfo/konsularische-betreuung-haftfaelle> (zuletzt abgerufen am 21. April 2022).

64 Harte Strafen für Protestierende, taz am 17. März 2022, <https://taz.de/Justiz-in-Kuba/!5842319/> (zuletzt abgerufen am 19. April 2022).